

# „Revolutionäre Briefe“, Stockholm, Juni 1945. Zur Kritik der Nachkriegspläne des deutschen Exils

Peter Birke

Im Anhang wird ein Text dokumentiert, der im Sommer 1945 unter den sich noch in Schweden befindenden deutschen Exilanten verteilt wurde.<sup>1</sup> Einleitend werden die Zusammenhänge skizziert, aus denen heraus der Text entstand.

## *Die Gewerkschaftsgruppe der deutschen Flüchtlinge in Stockholm*

Nach dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen am 8. April 1940 wurde Schweden zum zentralen Aufenthaltsort deutscher Exilanten in Skandinavien. Während die schwedische Regierung den Zustrom jüdischer Emigranten in den ersten Kriegsjahren weitgehend verhinderte,<sup>2</sup> konnten einige hundert Menschen als Hitlergegner ins Land einreisen. Die Einreise war jedoch stets mit dem Risiko verbunden, von der Polizei im schlimmsten Falle der Gestapo ausgeliefert<sup>3</sup> oder in eines der Internierungslager, die nach Kriegsbeginn von den schwedischen Behörden eingerichtet worden waren, eingeliefert zu werden. Solche Repressionen betrafen vor allem die Emigranten aus der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die aus diesem Grunde zum Teil illegal einreisen und im Land leben mußten. Während sozialdemokratische und linkssozialistische Flüchtlinge von der *Arbetarrörelsens Flyktningshjälp* (Flüchtlingshilfe der Arbeiterbewegung), wenn auch zum Teil widerstrebend, unterstützt wurden, war nicht nur die Rechtssituation, sondern auch das alltägliche Überleben für die Kommunisten ungleich schwerer. Die Rote Hilfe erhielt keine staatlichen Zuwendungen, und besonders die Illegalen mußten unter schwersten materiellen Bedingungen überleben.<sup>4</sup> Erst nachdem der Vormarsch der deutschen Wehrmacht Ende 1942 in der Sowjetunion gestoppt worden war, began-

---

1 Die in den Fußnoten notierten Verweise auf das Archiv der Kommunistischen Partei Deutschlands Opposition (KPD[O]) im Archiv der Arbeiterbewegung (ABA), Kopenhagen, sind mittlerweile überholt, da ersteres mittlerweile an das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg, übergegangen ist, siehe im Internet unter [www.rz.uni-hamburg.de/FZH](http://www.rz.uni-hamburg.de/FZH). Die Verweise sind jedoch beibehalten worden, da die Sammlung noch nicht vollständig neu bearbeitet wurde und die Ordnung der ABA dort nachvollziehbar bleibt.

2 Siehe Helmut Müssener: Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974, S.61-77. Nach dem Bericht der „Sandler-Kommission“, die die schwedische Flüchtlingspolitik im Auftrag der Regierung untersuchen sollte, befanden sich am 1. April 1945 104.682 Flüchtlinge in Schweden, davon waren 5.594 als „Deutsche“ definiert. Siehe Müssener, Exil, S.92.

3 Die schwedische Polizei entschied an der Grenze über die politische Motivation der Flüchtlinge und die daraus resultierende Anerkennung oder Ablehnung der Fluchtgründe. Eine Ablehnung konnte zur Auslieferung an das Deutsche Reich führen und hatte für die Betroffenen Konsequenzen bis hin zur Hinrichtung, so zum Beispiel im Fall des KPD(O)-Funktionärs Fritz Schreiter, siehe: Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands Opposition (KPDO), Hamburg 1987, S.423f.

4 Siehe Müssener, Exil, S.80f.

nen sich die Bedingungen für die Flüchtlinge in Schweden zu verbessern. Die Internierten kamen nach und nach frei. Schließlich konnten auch die kommunistischen Exilanten, die häufig illegal ins Land gekommen waren, eine Arbeitserlaubnis und offizielle Unterstützung ihrer Hilfsorganisation erhalten. Auch das strenge Verbot politischer Aktivität und die teilweise drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aller Flüchtlinge wurden gelockert.

Kristallisationspunkt der sich in dieser Situation entwickelnden Zusammenarbeit der verschiedenen Richtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung im schwedischen Exil war, neben dem Freien Deutschen Kulturbund, die „Landesgruppe der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften“ (LdG).<sup>5</sup> Vor allem in ihrer zahlenmäßig stärksten Ortsgruppe in Stockholm trafen sich rechte und linke Sozialdemokraten, Mitglieder der KPD und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) sowie weiterer linker Zwischengruppen. Die LdG hatte das Anliegen, ehemalige Freigewerkschafter, aber auch die Mitglieder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in einer Einheitsorganisation zusammenzufassen und inhaltlich wie praktisch auf die Rückkehr ins befreite Deutschland vorzubereiten. Dominiert wurde die LdG durch einen Kreis von Sozialdemokraten um den prominenten ehemaligen Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow,<sup>6</sup> sowie von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei wie Irmgard und August Enderle. Während Tarnow wie kaum ein anderer in der Weimarer Republik für den Flügel des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) stand, der „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein sollte, waren die Enderles zunächst in der KPD(O) und später in der SAP bekannte linke Kritiker dieser Politik.<sup>7</sup>

### *Eine neue Volksfront?*

Die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe trat für eine einheitliche, linkssozialistisch orientierte Gewerkschaft als Nukleus der Sozialistischen Einheitspartei, für eine parlamentarische Demokratie sowie für die schrittweise Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform durch Sozialisierungen ein. Seit 1943 entwickelte sich auf dieser Grundlage eine Integration der Exilanten aus der KPD in die Gewerkschaftergruppe. Dabei übernahmen Funktionäre der Abschnittsleitung Nord dieser Partei, wie Karl Mewis in Uppsala, auch Funktionen in der Gewerkschaftsgruppe, was die Bedeutung unterstrich, die der LdG von seiten der KPD-Zentrale zugemessen wurde. Während die KPD in Göteborg die Mehrheit im Ortsverband der LdG stellte, war sie in Stockholm, aus Gründen, die mit der restriktiven schwedischen Flüchtlingspolitik der ersten Kriegsjahre zu tun hatten, nicht ganz so stark vertreten.<sup>8</sup> Die Mitarbeit der KPD schloß ihren weitgehenden Verzicht auf

5 Zur Geschichte der LdG siehe Dieter Günther: Gewerkschafter im Exil. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden von 1938-1945, Marburg 1982.

6 Eine Kurzbiografie Tarnows findet sich u. a. bei Müssener, Exil, S.522.

7 Siehe hierzu August Enderle u. a.: Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932 (Reprint: Hamburg 1973).

8 Zur Moskauer Diskussion um die Nachkriegsordnung siehe Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir“. Das Konzept der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegs-

Forderungen nach einer grundlegenden Umwälzung der Produktionsverhältnisse in einem befreiten Deutschland ein. Im Einklang mit der Nachkriegsplanung der Partei in Moskau orientierte man auf eine Politik der „nationalen Front“ und der „kämpferischen Demokratie“, d. h. auf eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition und den Besatzungsmächten nach dem Ende des Krieges.<sup>9</sup> Die „Landesgruppe“ wurde damit zu einem Forum, in dem die Konzeption der „Volksfront“ aktualisiert wurde, die die Politik sowohl der KPD und SAP als auch eines Teiles der Sozialdemokratie bereits Mitte der 1930er Jahre geprägt hatte. Dabei bedeutete das vorläufige Bündnis der drei Richtungen nicht, daß nicht zugleich auch um die Hegemonie innerhalb derjenigen Organisationsstrukturen gekämpft wurde, die möglicherweise die Nachkriegsordnung in Deutschland prägen würden. „Volksfrontpolitik“ im Sinne einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften hieß 1945 konkret, mangels Alternative, Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der westalliierten Staaten im Ausland.<sup>10</sup> Die neue Volksfrontpolitik unterschied sich in zwei wesentlichen Merkmalen von derjenigen der dreißiger Jahre: Erstens hatte sie keine Massenbasis im Sinne einer sozialen Bewegung, auf die sie sich, wie in Frankreich 1934-1936, hätte beziehen können. Zweitens beinhaltete sie eine direkte und ausschließliche Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und nicht, wie in den 1930er Jahren, mit einzelnen prominenten Vertretern oder sozialen Organisationen bürgerlich-liberaler Prägung. Der brüchige Konsens zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion war die Voraussetzung, mit der die Neuauflage der „Volksfrontpolitik“ 1945 stand und fiel.

Neben der erwarteten Situation im Nachkriegsdeutschland und den Rücksichten auf die militärische Lage war für die Diskussion der Nachkriegspläne in der LdG auch die damalige politische Konzeption der schwedischen Sozialdemokratie prägend. Die deutschen Exilanten waren nicht nur durch die sozialdemokratische Hilfsorganisation, sondern auch durch die konkrete Unterstützung der Aktivitäten der LdG mit der schwedischen Regierungspartei verbunden. Ein Teil der Entwürfe der LdG bezog sich auf das „27-Punkte-Manifest“ aus dem Jahre 1944, in dem die schwedische Sozialdemokratie ihre Nachkriegsplanungen dargelegt hatte.<sup>11</sup> In diesem Programm revidierte die Partei, die seit 1932 in Zusammenarbeit mit der Bauern-

---

deutschland, München 1997, S.102-120. Nach Müssener, Exil, S.159, befanden sich ca. 100-120 Exilanten aus der KPD in Schweden. Zur regionalen Verteilung siehe ebenda, S.121.

<sup>9</sup> Siehe Erler/Laude/Wilke, Nach Hitler.

<sup>10</sup> Wichtige Aktivisten der größeren sozialistischen Gruppen hatten 1945 bereits seit einiger Zeit mit solchen Stellen direkt zusammengearbeitet. Zur Zusammenarbeit der LdG mit der britischen Gesandtschaft siehe Müssener, Exil, S.131. Zu Willy Brandts und August Enderles Kontakten zur britischen Gesandtschaft und zum US-Geheimdienst siehe u. a. Einhart Lorenz: Mehr als Willy Brandt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im skandinavischen Exil, Frankfurt am Main 1997. Auch der Kommunist Max Hodann ließ seine Aktivitäten zur Unterstützung von Wehrmachtsdeserteuren von der britischen Gesandtschaft finanzieren. Siehe Müssener, Exil, S.257f. Zur Verbindung mit dem britischen Geheimdienst bei Sabotage-Aktionen gegen Teile der deutschen Kriegsmaschinerie in Schweden siehe ebenda, S.252f.

<sup>11</sup> Zur Kritik dieses Programms siehe Revolutionäre Briefe, 1945, Nr. 2, ABA, Zeitschriftensammlung.

partei und seit 1939 mit allen bürgerlichen Parteien in einer großen Koalition die schwedische Regierung führte, ihre orthodox-marxistischen programmatischen Vorstellungen aus dem Jahre 1920 nun auch auf dem Papier.<sup>12</sup> Ein Teil der deutschen Flüchtlinge identifizierte sich mit dem neuen Programm. Das betraf besonders diejenigen Linkssozialisten, die den Prozeß des Aufstiegs der skandinavischen Parteien in die Regierungen ihrer Länder vor Ort beobachtet hatten. In allen drei skandinavischen Ländern war es den sozialdemokratischen Parteien gelungen, ihre gesellschaftliche Hegemonie gegenüber durchaus vorhandenen reaktionären Neuordnungsvorstellungen zu behaupten. Während die 1930er Jahre in Deutschland für den Sieg des Faschismus standen, setzten sich in Dänemark, Schweden und Mitte des Jahrzehntes auch in Norwegen sozialdemokratische Konzepte durch, die im Gegensatz zur Politik der 1920er Jahre keynesianistische Konzepte propagierten und den Staat als zentrales Instrument einer „nachfrageorientierten Politik“ auf der Basis eines institutionalisierten Klassenkompromisses begriffen. Das schwedische „27-Punkte-Manifest“ von 1944 faßte also die Erfahrungen aus zwölf Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik in einem kapitalistischen Staat zusammen und legte, wie Bergström es zusammenfaßte, „die Fundamente für einige Jahrzehnte politischer Arbeit“ in der Nachkriegsperiode.<sup>13</sup>

#### *Die SAP und die Volksfront*

Innerhalb der SAP, die noch unmittelbar nach dem Machtantritt der Hitler-Regierung 1933 eine „antistalinistische kommunistische Alternative zur KPD“<sup>14</sup> sein wollte, hatten sich die Widersprüche der Volksfrontpolitik schon vor ihrer „Neuaufgabe“ gezeigt. Die SAP war ab 1936 Mitglied des Pariser Lutetia-Ausschusses, während sie im Spanischen Bürgerkrieg an der Seite der Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (Partido Obrero de Unificación Marxista, POUM) kämpfte, die von der KPD abgelehnt und von den staatlichen Instanzen der spanischen Republik immer massiver verfolgt wurde.<sup>15</sup> Diese widersprüchliche Orientierung führte Anfang 1937 zur Spaltung der SAP. Es bildete sich die Gruppe „Neuer Weg“, der sich die meisten Mitglieder der SAP anschlossen, die in den

---

12 Eine Übersicht gibt Willy Bergström: Party Program and Economic Policy: The Social Democrats in Government, in: Klaus Misgeld u. a.: Creating Social Democracy. A Century of the Social Democratic Labour Party in Sweden, Pennsylvania 1992.

13 Siehe ebenda, S.151. Die schwedische Debatte ist selbst noch Nachklang der Auswertung der Entwicklungen in den USA am Ende der 1920er Jahre. Tarnow war in seiner Bewunderung des Fordismus schon 1928 zu dem Schluß gekommen, daß eine „Lösung der sozialen Frage“ aus Sicht des Kapitals „vernünftig“ und nicht zuletzt auch „effizient“ sei.

14 Jörg Bremer: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland (SAP). Untergrund und Exil, Frankfurt am Main, 1978, S.64.

15 Siehe ebenda, S.171. Aus Sicht eines KPD(O)-Mitgliedes siehe die Aussagen von Walter Schwarz, in: ABA, (Gräff), Kasse 224, V, 1. Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.144, schildert die Entwicklung in den skandinavischen Ländern.

POUM-Milizen aktiv gewesen waren.<sup>16</sup> Auch die SAP-Flüchtlinge in Kopenhagen traten zum größten Teil dieser Gruppe bei.<sup>17</sup> Ein großer Teil der Exilanten in Norwegen blieb dagegen zunächst bei der Annäherung *sonobl* an die Volksfrontpolitik der KPD *als auch* an die skandinavische Sozialdemokratie. Dies wurde auch deshalb nicht als Widerspruch gesehen, weil für die zuletzt genannte Fraktion die Vermittlung zwischen den *Arbeiterparteien* im Vordergrund stand, während sich „Neuer Weg“ vor allem an den Erfahrungen der revolutionären Bewegungen orientierte.<sup>18</sup> Innerhalb der Stockholmer Vertretung der SAP schloß sich Irmgard Enderle der Gruppe „Neuer Weg“ an, während August Enderle der Pariser Leitung treu blieb.

Der Beginn des Krieges relativierte die Bedeutung dieser Spaltungen zunächst. Die kleinen Gruppen der sozialistischen Bewegung gerieten in die Gefahr der Auflösung, nicht nur aufgrund der Restriktionen durch das Gastland, wie in Schweden, sondern auch, weil die Pariser, Osloer und andere Auslandsvertretungen mit den Überfällen auf die jeweiligen Länder zerschlagen wurden. Der Kontakt zum Widerstand in Deutschland war dadurch weiter erschwert und kam in den ersten Jahren des Krieges nahezu ganz zum Erliegen. Die SAP-Gruppe in Stockholm, zu der 20-30 Personen gehörten hatten, hatte nunmehr, wie Lorenz schreibt, „viele ihrer Funktionen verloren“.<sup>19</sup>

Allerdings gelang es den Enderles bereits seit 1937, Kontakte zu deutschen Seeleuten aufzubauen, die der Funktionär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Edo Fimmen vermittelte. Später hatte Willy Brandt auch Kontakte zu den Aufständischen des 20. Juli 1944, die durch Fritz Tarnow zustande gekommen waren. In der Folge schrieben die SAP-Genossen Brandt und Szende einen Bericht über diesen Aufstand mit dem Titel „Misslyckad revolt“ („Die mißglückte Revolte“). Der Text erschien nur einige Monate nach dem 20. Juli auf der Grundlage von Interviews mit einem der Aufständischen, dem die Flucht gelungen war.<sup>20</sup> Die in der unten dokumentierten Quelle kritisierten „20 Punkte“ von Brandt und Szende befinden sich im Anhang des Buches. Hier wurde, ganz im Sinne der „neuen“ Volksfrontpolitik und der Konzeption des KPD-orientierten „Nationalkomitees

---

16 Siehe Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei, S.207f.; sowie „Neuer Weg“, Kopie, undat. (wahrscheinlich Mitte 1937), zu den Maierereignissen in Barcelona und den Verhaftungen von Nin und anderen, ABA, Zeitschriftensammlung.

17 Siehe Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.39.

18 In Oslo war Willy Brandt der (manchmal umstrittene) Leiter der örtlichen Emigration. Brandt konnte der Regierungspolitik der Norwegischen Arbeiterpartei progressive Züge abgewinnen – gleichwohl distanzierte er sich erst Mitte 1938 von der Zusammenarbeit mit der KPD, u. a. vor dem Hintergrund seiner späten Erkenntnis, daß die Moskauer Prozesse der Jahre 1935-1938 inakzeptabel gewesen seien. Zum Verhältnis der SAP-Emigration in Norwegen zur Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) siehe ebenda, S.108f. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Brandt und Walcher über die DNA siehe Bremer, Die Sozialistische Arbeiterpartei, S.122f.

19 Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.200.

20 Der allerdings gegen die Veröffentlichung seiner Aussagen protestierte, siehe Müssener, Exil, S.252.

Freies Deutschland“, die Zusammenarbeit mit den aufständischen Generalen empfohlen und politisch begründet.

*Die Kontroversen in der „Landesgruppe“ und in der Emigration in Stockholm*

Die Opposition, die sich innerhalb der Gewerkschaftsgruppe gegenüber solchen Vorschlägen formierte, bestand aus ehemaligen Mitgliedern verschiedener kleiner linker Gruppen und einigen Dissidenten sowohl aus der Sozialdemokratie als auch der SAP. Im schwedischen Exil war die KPD(O) die einzige Gruppierung, die als Organisation außerhalb der größeren sozialistischen Parteien bestand. Außerdem lebten in Schweden, wie Müssener schreibt, „Einzelgänger“, u. a. aus der Internationalen Arbeiter Assoziation, dem „Lenin-Bund“ und der trotzkistischen „Linken Opposition“.<sup>21</sup> Für die linke Opposition war Fritz Rück<sup>22</sup> bis zur ersten Landeskonferenz der Gewerkschaftsgruppe Anfang 1944, als die KPD an Einfluß gewann, im Vorstand der LdG. Neben Rück war auch der ehemalige „Versöhner“ Siggie Neumann aktiv an den Diskussionen sowohl der LdG als auch der KPD(O)-Gruppe beteiligt.

Innerhalb der LdG prallten die Standpunkte der Opposition ab 1943 häufig mit denen von Tarnow und Mewis zusammen. Die Opposition sah in den zukünftigen Gewerkschaften ein zentrales Instrument im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft mit Betriebsräten als Keimzellen einer umfassenden gesellschaftlichen Umwälzung und Demokratisierung. Dabei war sie in ihrer Ablehnung der Taktik und des Parteimodells, wie sie die großen Organisationen vertraten, einig. Die KPD(O)-Gruppe wurde dadurch Kristallisationspunkt eines Bündnisses von Menschen mit recht unterschiedlichen politischen Erfahrungen und Erwartungen an die Befreiung vom Nationalsozialismus. Allerdings gab es häufig keinen festen Block der „Mehrheit“ und der „Opposition“. Fritz Tarnow, der nicht zu unrecht für die Kapitulation des ADGB-Vorstands vom 2. Mai 1933 mitverantwortlich gemacht wurde, legte im Februar 1943 ein Konzept vor, das die Übernahme der Strukturen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) durch die neu zu bildenden Gewerkschaften vorsah. Dem widersprach beispielsweise der Sozialdemokrat und LdG-Vorsitzende Martin Kern.<sup>23</sup> Die Opposition und hier insbesondere die KPD(O)-Genossen schlossen sich dieser Auffassung an. Sie konnten sich dabei auf eine Position beziehen, die sich bereits im Widerstandskampf in Deutschland herausgebildet hatte. Dort forderten die Illegalen (gegen den Vorschlag der KPD, im Apparat der DAF aktiv zu werden) die Bildung „Unabhängiger Klassengewerkschaften“ und setzten das – zumindest in Berlin – in der ersten Phase des antifaschistischen Widerstandes

---

21 Siehe ebenda, S.182.

22 Fritz Rück, früherer Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates, 1931 von der SPD in die SAP übergetreten, dort 1932 ausgeschlossen, arbeitete in Schweden an den Publikationen der KPD(O) mit. Kurzbiografie siehe bei Müssener, S.517.

23 Siehe Mitteilungsblatt – Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 1943, Nr. 5, ABA, Zeitschriftensammlung.

praktisch um.<sup>24</sup> Für die KPD kritisierte Mewis Tarnows Vorschlag, wobei er sich im Gegensatz zur Opposition für eine zentralisierte und „unpolitische“ Einheitsgewerkschaft aussprach.<sup>25</sup>

Auch in der Frage der Neuordnung der deutschen Wirtschaft war die Polarisierung zwischen Mehrheit und Opposition in der LdG nicht eindeutig. Tarnow meinte, daß sich bereits in der nazistischen Kriegswirtschaft „planwirtschaftliche“ Elemente herausgebildet hätten, die es nach der militärischen Niederlage des NS-Regimes zu übernehmen und für eigene Zwecke zu nutzen gelte. In dieser Vorstellung wußte sich Tarnow mit anderen Sozialdemokraten einig, die in der NS-„Planwirtschaft“ „demokratisierende Tendenzen“ sahen.<sup>26</sup> Die KPD(O) kritisierte diese Position in den „Revolutionären Briefen“ vom Februar 1944 unter Hinweis auf den Zusammenhang zwischen NS-Terror, Vernichtungskrieg und „Planwirtschaft“. Während die Delegierten der KPD diese Kritik teilten,<sup>27</sup> bezogen sich die Kontroversen zwischen der Opposition in der LdG und der KPD vor allem auf das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Besatzungsmächten. Bei einer Auseinandersetzung um das Verhältnis der Emigration zu den Vereinten Nationen und zur alliierten Politik, die Anfang 1945 ihren Höhepunkt erreichte, waren etwa ein Drittel der ca. 150 Mitglieder der Stockholmer Ortsgruppe auf seiten der Gegner der Politik des Vorstands. Dieser war, ohne dies mit den Mitgliedern abzusprechen, gemeinsam mit dem Freien Deutschen Kulturbund, der Sozialdemokratie und der KPD für eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten eingetreten.<sup>28</sup> Unter den Gegnern dieser Resolution war allerdings auch eine rechte Opposition in der Sozialdemokratie, die sich gegen die Zusammenarbeit der LdG mit der KPD wandte.<sup>29</sup>

#### *Die KPD(O) und die „Revolutionären Briefe“*

Nach Aufzeichnungen des Flüchtlings Erwin Gräff lebten 21 KPD(O)-Mitglieder zwischen 1942 und 1945 in Schweden, wovon drei aus der Opposition in der österreichischen Partei kamen.<sup>30</sup> Die Gruppe war vor allem in den gewerkschaftlichen Strukturen aktiv, d. h. in der LdG, aber auch in den schwedischen Gewerkschaften, wo Kontakte zu den Gewerkschaften des Bausektors sowie den (zum Teil syndikalistischen) Organisationen der Waldarbeiter und Flößer bestanden. Nur sehr eingeschränkt blieben dagegen die Kontakte zu den sozialistischen Parteien in Schweden, nachdem sich die frühere schwedische Schwesterpartei der KPD(O),

24 Eine Darstellung findet sich u. a. bei Walter Ullmann: Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstandskampf, Berlin 1982.

25 Siehe Günther, Gewerkschafter, S.143.

26 Siehe ebenda, S.92.

27 Siehe ebenda.

28 Siehe Mitteilungsblatt der LdG, 1944, Nr. 12, ABA, Zeitschriftensammlung.

29 Zu dieser Position siehe u. a. Günther, Gewerkschafter, S.121.

30 Siehe Müssener, Exil, S.179; Unveröffentlichte Abhandlung Erwin Gräffs über die KPD(O) im skandinavischen Exil, ABA, (Gräff), 225, V, 1.

die „Sozialistische Partei“, im Jahre 1937 gespalten hatte.<sup>31</sup> Die Flüchtlinge aus der KPD(O) wurden, wenn auch, wie Gräff schreibt, nur „widerwillig bis böswillig“, von der sozialdemokratisch orientierten *Arbetarrörelsens Flyttningshjälp* unterstützt. Dennoch wirkten sich die Repressionen gegenüber der politischen Aktivität der Flüchtlinge auch auf die KPD(O) aus: So wurde der aus Norwegen gekommene Max Strobl 1940 wegen der Aufnahme von Kontakten mit Gewerkschaftern nach Nordschweden verbannt.<sup>32</sup>

Die KPD(O)-Gruppe in Stockholm gab seit Mai 1943 eine eigene Publikation heraus, die zunächst einmalig als „Brev 1“ (Brief 1), bis Februar 1945 als „KPDO-Brief“, bis September 1945 als „Revolutionäre Briefe“ und schließlich als „Politische Briefe“ in der Regel monatlich erschien. Die Ausgaben waren maschinengeschrieben und abgezogen und wurden in einer Auflage von 60-75 Exemplaren an Genossen und Freunde in Schweden verteilt sowie nach Frankreich (Waldemar Bolze), Dänemark (Mogens Boserup) und Kuba (August Thalheimer und Heinrich Brandler) verschickt. Auf dieser Grundlage wurde ein kleines internationales Netzwerk wiederaufgebaut – alle vier Genannten trugen spätestens seit Anfang 1945 zu den Publikationen der KPD(O) in Stockholm bei.<sup>33</sup>

Wie viele andere Exilanten emigrierten die Mitglieder der KPD(O) erst relativ spät nach Schweden. Unter den in den Jahren 1938 bis 1940 Gekommenen befanden sich auch solche, die lange Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand im Reich selbst (Josef Bergmann, der bis 1939 im Saarland und in Berlin war) oder als Mitarbeiter von Grenzstellen (wie Theodor Bergmann, der aus der ČSR kam) hatten. Die Gruppe behielt den Kontakt nach Deutschland zu Käthe Dräger, die in Berlin eine „Reichsleitung“ der Gruppe aufrechterhielt und in dieser Funktion mehrmals Stockholm besuchte.<sup>34</sup> Die Berichte der Gruppe aus Deutschland, die u. a. in den „Revolutionären Briefen“ veröffentlicht worden sind, stammen vielleicht aus Käthe Drägers Feder oder waren zumindest über sie vermittelt. Noch bis kurz vor Kriegsende glaubte die Gruppe der KPD(O) an die Möglichkeit eines Aufstandes in Deutschland und sammelte Hinweise auf derartige Entwicklungen. Alle Nachkriegsplanungen sollten nach Auffassung der KPD(O) davon ausgehen, daß letztendlich der Widerstand in Deutschland selbst die Nachkriegsorientierung würde bestimmen müssen.

---

31 Siehe Bernt Kennerström: *Mellan två internationaler. Socialistiska Partiet 1929-1937* [Zwischen zwei Internationalen. Die Sozialistische Partei 1929-1937], Lund 1974. Die SP hatte den internationalen Zusammenschluß der um 1929 aus den Kommunistischen Parteien ausgeschlossenen Gruppierungen, die „Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition“ (IVKO), schon 1933 verlassen.

32 Siehe *Arbeiterpolitik*, Zeitschrift der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen, 1971, Nr. 4.

33 Siehe ABA, (Gräff), 225 V, 1.

34 Über die Aktivitäten dieser „Reichsleitung“ ist nicht viel bekannt. Wahrscheinlich beschränkte sie sich im großen und ganzen auf das Sammeln von Informationen. Organisationsbezeichnungen wie „Reichsleitung“ und „Auslandsleitung“ sind schon deshalb irreführend, weil sie ein funktionierendes illegales Netzwerk, das zentral angeleitet würde, voraussetzen, das es zu diesem Zeitpunkt sicher nicht mehr gab. So liegt auch Jan Foitzik falsch, wenn er die KPD(O)-Gruppe in Stockholm in der Kontinuität der Auslandsleitung der Organisation in Paris beschreibt, siehe: Patrik von zur Mühlen u. a.: *Lexikon des deutschen Exils*, Berlin 1998, S.507. Zur „Reichsleitung“ siehe auch Bergmann, *Gegen den Strom*, S.228.

Neben der zentralen Bedeutung, die eigene Erfahrungen in der Illegalität und Berichte aus Deutschland hatten, wurde die Position der KPD(O)-Gruppe auch durch die Erfahrungen mit der Volksfrontpolitik der 1930er Jahre bestimmt. Wie zunächst auch die SAP hatte die KPD(O) im Spanischen Bürgerkrieg die POUM (und vereinzelt die anarchistischen Milizen) unterstützt. Einige KPD(O)-Mitglieder (wie Max Strobl und Walter Schwarz) kamen aus dem norwegischen Exil, wo sich die Spaltung der SAP wesentlich aus dem Konflikt um die Haltung zur POUM ergeben hatte. Schwarz, der den Buchladen der POUM in Barcelona betrieben hatte, teilte und unterstützte die Kritik der Gruppe „Neuer Weg“ – was der Haltung der KPD(O) und der IVKO auch insgesamt entsprach.<sup>35</sup>

#### *Zum vorliegenden Dokument*

Mit dem im Anschluß dokumentierten Text faßte die Exilgruppe der KPD(O), in der Erwartung einer baldigen Remigration,<sup>36</sup> ihre Kritik an den Nachkriegsplänen des sozialistischen Exils noch einmal dezidiert zusammen. Der Text wurde in Nr. 6 der „Revolutionären Briefe“ vom Juni 1945 veröffentlicht. Nicht zufällig beschäftigte sich die Gruppe hier mit der Rolle, die die (zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöste) SAP in der Formulierung der Nachkriegsvorstellungen des Exils gespielt hatte. Die beiden Texte, die hier kritisiert werden, waren zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als ein Jahr alt. „Misslyckad revolt“, der „missglückte Aufstand“, bezog sich, wie bereits erwähnt, auf ein Buch von Brandt und Szende über den 20. Juli 1944. Mit dem, was im vorliegenden Dokument als „Nachkriegsprogramm der deutschen Sozialisten“ zitiert ist, ist eine Erklärung gemeint, mit der u. a. SAP-Mitglieder aus Stockholm und Göteborg im September 1944 ihren Anschluß an die Sozialdemokratische Partei erklärten. Auch Willy Brandt und die Enderles hatten diese Erklärung unterschrieben.<sup>37</sup>

Die Auseinandersetzung mit der Position dieser Gruppe gewann eine neue Aktualität durch das Ende des Krieges und die Perspektive, nach Deutschland zurückkehren zu können. In dieser Situation war der Wunsch der SAP-Mitglieder nach „Realpolitik“ und Anschluß an die Siegermächte auch aus Sicht der „Revolutionären Briefe“ naheliegend und in gewissem Sinne auch nachvollziehbar. Aus Kuba hatte Heinrich Brandler erklärt, eine wesentliche Ursache des Wunsches nach „Realpolitik“ sei, daß die illegalen Gruppen in Deutschland nicht in der Lage gewesen waren, eine

---

35 Obwohl die SAP der Partner der POUM in der Internationale linkssozialistischer Gruppen war, blieb die KPD(O) die einzige deutsche Organisation, die die Nin-Maurin-Gruppe vorbehaltlos unterstützte. Der Anschluß von KPD(O)-Genossen an CNT-Milizen ist durchaus in Einzelfällen nachweisbar, kam jedoch wohl eher durch die Zufälle zustande, die aus der unübersichtlichen Situation in Spanien selbst resultierten. Allerdings lehnte die Auslandsleitung der KPD(O) ein solches Engagement auch keineswegs ab. Siehe den Bericht eines KPD(O)-Genossen aus dem Kampf der CNT-Milizen im spanischen Bürgerkrieg, ABA, 146 (Korbmacher, IVKO-Archiv), Berichte aus Spanien. Siehe auch, Kopie Schreiben W. Schwarz an W. Buschak, ABA, Gräff, 225, V, 1.

36 Diese Erwartung wurde in den meisten Fällen enttäuscht, da die Alliierten dies in der Anfangszeit keineswegs förderten. Später nahm auch das Interesse der Migranten selbst an einer Remigration ab.

37 Siehe Lorenz, Mehr als Willy Brandt, S.210.

Alternative zur Unterordnung unter die Politik der jeweiligen Besatzungsmacht bzw. des gewendeten Teiles der bürgerlichen Eliten in Deutschland zu formulieren. Dieser Erklärung schließt sich der vorliegende Text an. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gruppen des sozialistischen Exils hielt es die KPD(O) allerdings für falsch, die Ziele der Arbeiterbewegung in Deutschland der Politik der Alliierten unterzuordnen. Dies galt auch für die Sowjetunion – Brandler befürchtete die Einrichtung „sozialistischer“ Republiken, die sich lediglich „auf Bajonette“ stützen würden.<sup>38</sup> Dem gegenüber wurde auf den Prozeß sozialer Veränderung gesetzt, der, in der Tradition der Novemberrevolution von 1918/19 und der „Übergangsforderungen“ der KPD von 1923, an die unmittelbaren „Alltagsinteressen der Werktätigen“ anschließen sollte. Entsprechend trat die Gruppe Arbeiterpolitik später in den westlichen Besatzungszonen gegen Demontageaktionen der Alliierten und für die Eigenständigkeit der gewerkschaftlichen Basisstrukturen gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie auf.<sup>39</sup>

Aber die Ablehnung der „Besatzungsherrschaft“ durch die KPD(O) war zugleich auch der Idee der „Einheit der Arbeiterklasse“ verpflichtet, und zwar wohlgerne der „deutschen Arbeiterklasse“. Die alliierte Kontrolle über Deutschland wurde als eine Art der „Kolonialherrschaft“ gefaßt, gegen die das „deutsche Volk“ unter der Führung der „Arbeiterklasse“ Widerstand leisten müsse. Eine derartige Mobilisierungsstrategie beinhaltete, daß, wie in anderen sozialistischen Entwürfen, die „Arbeiterklasse“ als Kollektiv verstanden wurde. Und zugleich beinhaltete sie, daß die Ambivalenz, die im Begriff wie in der Sache der Arbeiterklasse lag und liegt, die sozialen Widersprüche innerhalb dieser Klasse, zwischen Männern und Frauen, bezahlter und unbezahlter Arbeit, Arbeiter(innen) mit völlig unterschiedlichem Rechtsstatus usw. genannt wurden. Gerade diese Widersprüche prägten aber das Bild der konkreten sozialen Situation in Deutschland – ganz besonders in den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Krieges, einer Periode großer Migrationsbewegungen und einer extremen Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Hinsichtlich der Betonung der „Einheit der Arbeiterklasse“ unterschied sich die kommunistische Opposition des Jahres 1945 nicht wesentlich von den Konzeptionen der Sozialdemokratie und der KPD. Damit blieb ihre Idee der „Räterepublik“ – mit der sich die Opposition vom Mainstream abgrenzen wollte – merkwürdig blaß. Im Kontext einer Revolutionstheorie, die auf die Eroberung des Nationalstaates setzte, gehörte dieser Bezugspunkt vielleicht bereits 1945 einer definitiv vergangenen Epoche an.

---

38 ABA 146 (Brandler).

39 Siehe hierzu ausführlich Klaus Peter Wittemann: *Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik*, Hannover 1977.

---

*Dokument*

„Revolutionäre Briefe“, Nr. 6, Juni 1945<sup>40</sup>

Das Nachkriegsprogramm des deutschen Reformismus

In dem 1944 erschienenen Buch „Misslyckad revolt“ wird ein 20-Punkte-Programm für den Wiederaufbau Deutschlands nach Hitler veröffentlicht. Das Programm enthält Gedankengänge führender Sozialdemokraten, vor allem in der Emigration. Da es in den meisten Punkten mit der im gleichen Jahr veröffentlichten Schrift „Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten“ übereinstimmt, ersparen wir uns die Wiederholung. Der Unterschied beider Schriften liegt im Ausgangspunkt. In „Misslyckad revolt“ steht als erster Programmpunkt die Beseitigung Hitlers. Durch eine Zusammenarbeit mit der sogenannten Generalsopposition sollte diese verwirklicht werden und als Grundlage wurde eben das 20-Punkte-Programm ausgearbeitet. Da es die Plattform für eine Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Gruppen bilden sollte, enthält es nichts, was über den Rahmen des bürgerlichen Staates hinausgeht. Kritikern dieses „sozialistischen“ Programms gegenüber wird wahrscheinlich gerade auf dessen Bedeutung als Sammelprogramm für alle oppositionellen Gruppen in Deutschland hingewiesen werden.

Die Frage ist, war es möglich, die wirklich entscheidenden Kräfte im Lager der Hitlergegner mit einem solchen Programm zu mobilisieren. Auf Grund vieler Berichte dürfen wir heute annehmen, daß das Ausbleiben einer bewaffneten Erhebung des arbeitenden Volkes in Deutschland nicht nur mit dem Himmlerschen Terror erklärt werden kann, – sondern auch auf das Fehlen einer revolutionären Organisation mit einem wirklich revolutionären Programm zurückzuführen ist. Um Hitler zu stürzen, bedurfte es anderer Kräfte als solcher Generäle, die am „endgültigen“ Sieg des Nazismus zu zweifeln begannen.

Während das 20-Punkte-Programm keinen Anspruch darauf macht, ein sozialistisches Programm zu sein, wird in obiger Schrift „Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“ ausdrücklich von dem demokratischen und sozialistischen Aufbau in Deutschland gesprochen, von der deutschen Revolution u. a. Mit dieser Schrift vollzog die ehemalige SAP ihren Anschluß an die alte SP. Die Schrift entspricht also ihrem ganzen Inhalt nach sozialdemokratischen Gedankengängen.

---

40 Da die skandinavischsprachige Tastatur kein „ß“ enthält, ist dieser Buchstabe im Original immer als „ss“ geschrieben worden. Dies wurde hier stillschweigend geändert, ebenso kleine orthographische Fehler bzw. Tippfehler. Ergänzungen stehen in eckigen Klammern, runde Klammern und Unterstreichungen sind aus dem Original übernommen. Eine Schwierigkeit der Lektüre besteht darin, daß sich der Text auf ein Dokument bezieht, das vor dem 8. Mai 1945, namentlich im Januar 1945, verfaßt wurde, jedoch erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit veröffentlicht wurde. Er ist also zugleich Kritik an einem Nachkriegsprogramm und an der Umsetzung dieses Programms, über die jedoch nur sehr wenige aktuelle Informationen vorlagen.

Einleitend werden in „Voraussetzungen für ein neues demokratisches Deutschland“ die Kräfte gemustert, die für einen Neuaufbau in Frage kommen. Im Gegensatz zu in „Misslyckad revolt“ dargelegten Gesichtspunkten wird die Wehrmacht als Verbündeter abgelehnt. Im bürgerlichen Lager wird nur der Kirche eine bedeutende Rolle zugemessen, deren zweifelhafte Haltung aber unterstrichen. Abschließend wird der Arbeiterbewegung die führende Rolle zugewiesen und auf die Betriebe als Schwerpunkt der Arbeiteropposition hingewiesen. Diese gutzuheißende Analyse der Klassenkräfte schließt jedoch mit der Behauptung, der man wiederholt in dieser Schrift begegnet, daß eine neue deutsche Regierung nicht auf der Basis eines sozialistischen Endzielprogrammes gebildet werden könne. Dies, weil es keine [im Original unleserlich] und einheitliche illegale Bewegung gäbe, die am Tage nach Hitler die Macht ergreifen könne. – Das Ausbleiben einer Massenerhebung gegen Hitler seit dem Vormarsch der Alliierten in Deutschland wird vielen diese Argumentation zugänglich machen. Worin liegt der Fehlschluß? Darin, daß keine illegale Organisation Massencharakter haben kann. Eine illegale Bewegung unter den schwersten Bedingungen des Hitlerterrors konnte nur Kaderorganisation sein. Das Bedeutungsvolle ist, daß solche Kader auch unter den schwersten Bedingungen in Deutschland existierten und damit Ansatzpunkte vorhanden sind, um eine Massenorganisation im gegebenen Augenblick aufzubauen. Letzteres setzt allerdings voraus, daß die Vorkämpfer des Sozialismus selbst von der Notwendigkeit überzeugt sind und ihn als den Ausweg ansehen, um die sozialen und politischen Probleme in Deutschland zu lösen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, Bundesgenossen im Lager der proletarisierten Kleinbürger, der verarmten Bauern, der beschäftigungslosen Intelligenz zu finden. Von vornherein auf die Erneuerung des bürgerlichen Staates hinarbeiten und den Sozialismus abschreiben, heißt sich selbst um alle Aussichten auf Verwirklichung des Endzieles und des Endzielprogramms bringen.

Warum eine rein sozialistische deutsche revolutionäre Regierung zu proklamieren unmöglich sein soll, wird im folgenden Abschnitt Die außenpolitischen Bedingungen für den, der zwischen den Zeilen liest, klar. Es sind nicht die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die die Durchführung des Sozialismus schwierig machen. Die eindeutig negative Haltung der Westmächte und die unklare der Russen gegenüber allen Sozialisierungsplänen ist der bequeme Weg für eine opportunistische Politik. Wenn von dem „hohen Grad der Auslandsabhängigkeit der deutschen Revolution“ gesprochen wird, so darf diese Tatsache nicht dazu führen, daß man auf die Revolution überhaupt verzichtet. Gerade das aber ist es, was geschieht. Wenn wir im folgenden die wichtigsten Punkte dieser Schrift kritisch beleuchten wollen, so geschieht es, um nachzuweisen, daß hinter allen radikalen Losungen sich alte reformistische Auffassungen verbergen.

In „Die Zielsetzung der demokratischen Revolution“ werden die Hauptaufgaben einer neuen demokratischen Regierung nach Meinung der Verfasser der Schrift umrissen: 1. Verhaftung und Bestrafung aller nazistischen Verbrecher; Auflösung aller Naziorganisationen. Aufhebung aller Terrorgesetze; Reinigung aller öffentlichen Institutionen von aktiven (!) Nazis, vor allem der Polizei. Ihre Aburteilung durch Volksgerichte. 2. Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte im Prinzip für

alle, die nicht unter Kategorie „nazistische Verbrecher“ fallen. 3. Abwehr von Hungersnot, Massenerpidemien und Arbeitslosigkeit. 4. Demokratisierung der Verwaltung usw., Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung. 5. Abstandnahme von allen Hitlerschen Annexionen. Bereitschaft zur Abrüstung, Auslieferung von Kriegsverbrechern. 6. Verständigung mit ausländischen Zwangsarbeitern zur Verhinderung „sinnloser Konflikte“ und Organisierung ihres Abtransports. 7. Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen. 8. Schaffung von Voraussetzungen durch Friedens- und Verständigungspolitik für Aufnahme Deutschlands in zukünftigen Völkerbund.

Die Wege zur Lösung dieser Aufgaben machen den eigentlichen Inhalt der Schrift aus. Bezeichnenderweise werden die außenpolitischen Probleme vorangestellt, immer mit dem Hinweis auf die Auslandsabhängigkeit der deutschen Revolution. Die Abstandnahme von allen Hitlerschen Annexionen (Punkt 5) wird verbunden mit der Ablehnung des Vansittartismus und einer bedingungslosen „Erfüllungspolitik“. Wenn auch auf diese Weise eine „Grenze für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Siegermächte“ gezogen wird, so wird gleichzeitig davon gesprochen, daß eine Politik der „weißen Weste“ und des fortdauernden Protestierens zu keinen vernünftigen Resultaten führen kann. Das ist „Realpolitik“ mit dem zugegebenen Ziel, das „Verhältnis zu den Siegermächten zu normalisieren, da sonst die Revolution ersticken und das Volk verhungern“ werde. Es ist möglich, daß auch revolutionäre Sozialisten zum Nachgeben gegenüber ihren Gegnern gezwungen werden können. Rußland z. B. hat Brest-Litowsk abschließen müssen, um den Herd der Revolution zu retten. Von da aber bis zur Aufgabe aller wesentlichen Punkte ist es ein weiter Schritt. Die eigene Politik kann nicht unter dem Gesichtspunkt geformt werden, das Verhältnis zu den Siegermächten zu normalisieren. Damit bringt man sich von vornherein in eine schlechte Position, was die Erreichung eigener Ziele gilt. Um die eigenen Möglichkeiten abzuschätzen, muß man ein klares Bild der Lage haben, die man nur auf Grund einer klassenmäßigen Analyse gewinnen kann. Die Schrift geht davon aus, daß die Zusammenarbeit zwischen den Hauptpartnern der Vereinten Nationen den Krieg überleben wird und die europäische Entwicklung durch Vereinbarungen zwischen England, USA und der SU bestimmt sein werde. Wir verneinen nicht, daß von beiden Seiten, d. h. von seiten der Westmächte und Russlands, Voraussetzungen zu einem zeitweiligen Ausgleich gegeben sind – unter den augenblicklichen Verhältnissen. Starke, revolutionäre Strömungen in Europa können jedoch alle diese Voraussetzungen zunichte machen, da beide Mächtigkeitsgruppen auf Grund ihrer verschiedenen ökonomischen Basis ein ungleiches Interesse an den Vorgängen in Europa nehmen müssen. Es ist daher falsch, wenn die Politik der deutschen Arbeiterklasse sich auf eine augenblickliche Mächtigkeitskonstellation einstellen soll, die zudem ein so verschieden geartetes Interesse an der deutschen sozialistischen Bewegung nimmt. Die „Realpolitik“ des Augenblicks erweist sich auf längere Sicht als Opportunismus.

Ohne klassenmäßige Analyse der außenpolitischen Situation kann man nicht zu einem wahren Verständnis der Kriegsziele der Alliierten gelangen. Ohne

klassenmäßige Analyse kommt man dahin, die nach außen proklamierten Grundzüge als bare Münze zu nehmen und sich Illusionen über die Möglichkeit einer europäischen Zusammenarbeit und der Verhinderung künftiger Kriege zu machen. Der Beitrag, den das deutsche Volk liefern soll in Form von Steuer, Abrüstung, Wiedergutmachung u.s.w. dient nicht den proklamierten Zielen, sondern den Interessen der Herrschenden in den alliierten Ländern zur Niederhaltung des imperialistischen Konkurrenten bzw. zur Verhinderung der Bewaffnung revolutionärer Massen in Deutschland, zur Abwälzung der Kriegslasten auf das deutsche arbeitende Volk. (Das gilt in diesem Zusammenhange von England-USA). So führt die sozialdemokratische Perspektive auf „sachliche Zusammenarbeit mit den Vertretern der Vereinten Nationen“ zu einer Zusammenarbeit mit deren Bourgeoisie mit dem offen erklärten Ziel, Umwälzungen in Deutschland nicht zuzulassen. Die Absicht, durch eine Zusammenarbeit mit den Okkupationstruppen dem deutschen Volk „zusätzliche Opfer zu ersparen“ und die Dauer der Okkupation abzukürzen, ist in Wirklichkeit der längere Weg, wenn überhaupt einer.

Die Vorbehalte, die in dieser Schrift noch gemacht werden, sind schon längst über Bord geworfen worden. In einem Aufruf „Das andere Deutschland und die Alliierten“ haben deutsche Emigrationsgruppen sich bedingungslos hinter die vorgegebene Politik der Alliierten, mit dem Faschismus Schluß zu machen, gestellt. Und das in einem Augenblick (Januar 1945), als die Ergebnisse alliierter Politik in Italien vorlagen, deren Politik in den übrigen „befreiten Ländern“ sich deutlich abzeichnete, und die englische Intervention in Griechenland im vollen Gange war! Als Unterzeichner traten auf die SP, die KP, der freie deutsche Kulturbund und die deutschen Gewerkschafter in der Emigration in Schweden. Erfreulicherweise hat sich unter letzteren eine kräftige Opposition gegen den ohne Wissen der Mitglieder gefaßten Beschluß des Vorstandes gezeigt. Bei einer solchen Politik werden die deutschen Partner der Okkupationsbehörden sehr schnell in die Position von Agenten kommen.

Was den innerpolitischen Teil des Programmes angeht, so steht die Bestrafung aller nazistischen Verbrecher an erster Stelle. Dasselbe war der Fall in allen befreiten Ländern und in keiner Frage haben die jeweiligen Regierungen so gründlich versagt wie in dieser. Und doch ist das eine Forderung, der sich breite bürgerliche Kreise angeschlossen haben. Das hat nicht verhindert, daß die eigentlichen Hintermänner des Faschismus, ja, reine Kriegsverbrecher, der gerechten Strafe entkommen sind. Worin liegt die Ursache? Darin, daß der Faschismus aus der bürgerlichen Gesellschaft entsprungen ist, daß er eine ihrer politischen Erscheinungsformen ist. In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie national wie international ihre Solidarität mit dem Faschismus bewiesen. National, als sie in Italien und Deutschland die politische Machtausübung an ihn abtrat, international, als die „demokratischen“ Mächte dessen Festigung duldeten und ihn materiell und moralisch unterstützten. (Churchills Loblieder auf den italienischen Faschismus anlässlich seiner Italienreise 1927 und vieles mehr.) Wenn seit Kriegsausbruch die Westmächte Opfer an Material und Menschenleben gebracht haben, um den deutschen und italienischen Faschismus niederzuringen, so widerspricht das nicht dem Obigen. Für die Westmächte [ging es

um] die Sicherung ihres Besitzes gegenüber einem Konkurrenten, wobei der ehrliche Wille der Massen in der alliierten Welt, mit dem Faschismus Schluß zu machen, von der Alliierten Bourgeoisie für ihre Zwecke mißbraucht wurde, nämlich 1. ihre politische Herrschaft gegenüber den Nazikonkurrenten zu bewahren und 2. ihre soziale Herrschaft gegenüber den eigenen Massen zu erhalten. Letztere Tendenz ist seit dem Niedergang des Faschismus immer deutlicher zu Tage getreten.. Darum auch der Versuch, ehemalige Kollaborateure, Quislinge u.s.w. zu schützen. In Frankreich hat Anfang des Jahres de Gaulle eine Verfügung erlassen, wonach alle Reinigungsaktionen (die bisher immer sabotiert worden waren) bis zum 15. Februar bzw. 15. März abgeschlossen sein sollten. Schwere Vergehen, auf die die Todesstrafe steht, sollten bis zum 1. Mai abgeschlossen sein. Das bedeutet die Niederschlagung aller Prozesse, von denen bisher die Polizei und die Justiz überhaupt nicht berührt waren.

In diesem Lichte betrachtet nimmt sich die Forderung [nach] Demokratisierung in Verwaltung und vor allem der Polizei als Illusion aus. Die Polizei ist immer das wirksamste Argument in den Händen der Bourgeoisie und auch die demokratische Polizei Severings hat sich nicht geschaut, von dem Gummiknüppel Gebrauch zu machen, als es galt, sozialen Forderungen deutscher Arbeiter zu begegnen. In der heutigen Zeit mit ihrem angehäuften Konfliktstoff wird die internationale Bourgeoisie noch weniger bereit sein, sich diese Waffe entwinden zu lassen. In allen befreiten Ländern ist die alte Polizei, die unter den deutschen oder einheimischen Nazis Dienst machte, sofort übernommen worden, und alle außerhalb des bürgerlichen Staates entstandenen Ordnungsgruppen sind entwaffnet und aufgelöst worden, soweit das möglich war. Es ist bezeichnend, daß auch die Nazipolizei in Deutschland sofort in den alliierten Dienst gestellt worden ist (die Russen haben das nicht gemacht) und bereits aktiv zusammen mit den alliierten Truppen an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewirkt hat.

Der gleiche Gedankengang, vorhandene Organisationen zu „übernehmen“ und an ihre Spitze zuverlässige Personen zu stellen, liegt vor, wenn ein großer Teil der bestehenden wirtschaftlichen Kontrollapparate „übernommen“ werden soll. Das soll geschehen um, wie es weiter heißt, „die Menschen so weit wie möglich vor dem Hunger zu bewahren, Massenerpidemien zu verhindern und das Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen“. Geschehe das nicht, so werde man einen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Als ob die zu übernehmenden nazistischen Kontrollorgane all das verhindert hätten!! In welch groteske Verwirrungen solche Gedankengänge führen, zeigt sich z. B. in der Frage rein nazistischer Unterorganisationen. (Neben der Wiedererrichtung der freien Gewerkschaften wird in „Misslyckad revolt“ die Übernahme aller Arbeitsfrontorganisationen gefordert.)

In bezug auf den politischen Aufbau des deutschen Reiches kommt das sozialdemokratische Programm naturnotwendig auf alte Vorbilder zurück: eine parlamentarische Demokratie, gestützt auf politische Parteien und ein Parlament, aus allgemeinen freien Wahlen hervorgegangen. Dieses wird als „demokratisch“ hingestellt und „der nach dem Sturze des Nazismus so notwendigen Erziehung der

Bevölkerungsmehrheit [eher?] entsprechend als ein von manchen Sozialisten erstrebtes, politisches Delegiertensystem, das von den Arbeitsstellen ausgeht und in einen Rätekongreß ausmündet“. Die Frage der Räte, die nach 1918 in Deutschland eine so große Rolle spielte und in politischen Sturmzeiten immer wieder auf der Tagesordnung steht, so zuletzt in Norditalien nach dem Sturz Mussolinis, wird hier von vornherein abgetan und eine wichtige Quelle der Masseninitiative verschüttet. Gerade in dieser Frage zeigt sich das völlige Unverständnis, um nicht zu sagen [der] Unwillen reformistischer Kreise für neue Formen gesellschaftlicher Organisation. Diese gilt es zu entwickeln und den bürgerlichen Organisationsformen gegenüberzustellen. Nur auf diesem Wege läßt sich eine wahre Demokratie verwirklichen und nicht durch einen Personenwechsel an der Spitze. Um nicht in Gegensatz zu breiten Bevölkerungsschichten zu kommen, sollen die Betriebsräte in den neuen Staat eingegliedert werden und als Organe der neu entstehenden Gewerkschaften fungieren. Als solche sollen sie ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Unternehmen erhalten. Es ist die alte arbeitgemeinschaftliche Zielsetzung zwischen Kapital und Arbeit, die nach 1918 zur „Verankerung“ der Betriebsräte im Gesetz führte und sie damit allen revolutionären Inhalten beraubten. Die Einstellung zu den Betriebsräten entspricht dem Wunsch, revolutionäre Strömungen unter Kontrolle zu bringen, die in diesem Fall die Kontrolle des bürgerlichen Staates sein muß. Der gleiche Wunsch nach Kontrolle spielt mit, wenn sofortige Wahlen zum Parlament abgeschlossen werden und eine provisorische Regierung gefordert wird, die sich auf politische Parteien stützt, wobei auf das italienische Beispiel besonders hingewiesen wird, das unseres Erachtens wenig Lockendes haben dürfte. Um das Übergewicht gegenüber konkurrierenden bürgerlichen Parteien und revolutionären Neugründungen völlig zu machen und die Macht der Bürokratie zu stützen, wird eine Sozialistische Einheitspartei empfohlen auf dem Boden der glattesten Prinzipienlosigkeit. Diese Partei, die keine „weitschweifenden“ ideologischen Debatten führen soll, soll auch Raum haben für städtische und ländliche Mittelschichten. Es ist klar, daß eine revolutionäre Organisation auch das Kleinbürgertum zu gewinnen versuchen muß. Das geschieht am besten, indem man das eigene sozialistische Programm der bürgerlichen Lösung der gesellschaftlichen Probleme gegenüberstellt. Insbesondere in Deutschland sind durch die Verminderung des Kleinbürgertums und [die] Proletarisierung gute Ansatzmöglichkeiten gegeben. Legt man das eigene sozialistische Programm aber in die Schublade und versteckt sich hinter kleinbürgerlicher Ideologie, ist man zum Schluß selbst der Betroffene.